



„Armut kann einpacken“

So lautet die Aufschrift eines Koffers, den am 18. September Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul vor ihrem Abflug zum UN-Gipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) erhalten hat. Der Gipfel fand am 25. September in New York statt. Ein Aktionsbündnis entwicklungspolitischer Kampagnen wollte mit der Kofferübergabe vor einer Flughafenkulisse „einen letzten Aufruf zur Rettung der MDG“ starten. Der Koffer enthält Gegenstände, die symbolisch für die acht MDG stehen. Auf einer Schiefertafel etwa prangt in großen Lettern „Bildung für alle“. Bei der Kofferübergabe hat KOSA die Vertretung der StopEPA-Kampagne übernommen und die Forderungen vorgestellt.



Venro-Vorstandsmitglied Jürgen Hammelehle übergibt den MDG-Koffer an Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul. Foto: Jörg Peters

Venro-Vorstandsmitglied Jürgen Hammelehle forderte von der UN-Konferenz, die Defizite klar zu benennen und konkrete Verbesserungsvorschläge zur angepeilten Realisierung der MDG zu machen - "sonst verkommt der Gipfel zu einer Farce."

An erster Stelle steht die Halbierung von Hunger und Armut. Dieses Ziel liege aber noch in weiter Ferne, heißt es in einem Schattenbericht, der von dem Aktionsbündnis „Armut kann einpacken“ erstellt wurde. Von der deutschen Regierung wird mehr Einsatz bei der Förderung von Gesundheit und Bildung, bei Klimaschutz und Stärkung der Rolle der Frau in den Entwicklungsländern gefordert.

Milchbauern aus Sambia fordern Recht auf Nahrung

Bei einer Rundreise vom 6. bis 16. Oktober durch Deutschland werden der Milchbauer John Mwemba und die Handelsexpertin Angela Mulenga, beide aus Sambia, auf öffentlichen Veranstaltungen über die Gefahren der EPAs für das Recht auf Nahrung in Sambia informieren. Die Reise findet im Vorfeld des Welternährungstags (16.10.) auf Einladung von FIAN, Germanwatch, Brot für die Welt, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und des Bundes deutscher Milchviehhalter (BDM) statt. „Während die EU Sambia zur Liberalisierung drängt, wird hierzulande über eine Wiedereinführung von Exportsubventionen für Milchprodukte diskutiert“,

erläutert Armin Paasch von der Menschenrechtsorganisation FIAN. „Eine solche Politik gefährdet das Recht auf Nahrung und spricht allen ernsthaften Entwicklungsbemühungen Hohn.“

„Wenn die Freihandelsabkommen in Kraft treten, drohen in Afrika massive Verluste von Zolleinnahmen und die Überflutung der Märkte mit subventionierten Billigimporten aus der EU. Das bedeutet letztendlich mehr Armut und mehr Hunger“, warnt Dieter Simon

von KOSA.

„Besonders vor dem Hintergrund der Nahrungsmittelkrise muss die EU die Abkommen einer grundlegenden Revision unterziehen und einer Neuverhandlung problematischer Aspekte zustimmen“, so Simon. Zudem müsse die EU aufhören, auf weitere Liberalisierungen bei Dienstleistungen, Investitionen und im öffentlichen Beschaffungswesen zu drängen.

Im Dezember 2007 hatte die EU 35 der 78 AKP-Staaten unter großem politischen und wirtschaftlichen Druck die Zustimmung zu den neuen Freihandelsverträgen abgerungen. Offiziell unterzeichnet und ratifiziert ist bislang jedoch keines dieser Abkommen.

Termine:

Auf dem Holzweg?

Vom Ausverkauf der mosambikanischen Wälder

7.-9. November 2008 Bielefeld, Jugendgästehaus

Informationen:

Koordinierungskreis Mosambik
kkm@kkmkosambik.de

Zimbabwe Netzwerk-Mitgliederversammlung und Tagesseminar zum Thema Perspektiven in Zimbabwe: Schwerpunktthema Migration - Flucht - Rückkehr?

14.-16. November 2008, Bonn, Haus Annaberg

Informationen:

Zimbabwe Netzwerk
www.zimbabwebetzwerk.de

„Good Governance in Tanzania“

22.-23. November 2008 in Freiburg

Informationen:

www.tanzania-network.de
ks@tanzania-network.de
Koordinationsstelle Tanzania-Network.de e.V. im Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin
Tel: 030 - 4172 3582

Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.

August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Hein Möllers, Lothar Berger

Koordination:

Christoph Beninde

Redaktionsschluss:

25.09.2008

Druck:

KDR, Bielefeld

INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

KICK FOR ONE WORLD

Kampagne zur Fußball-WM 2010 ist gestartet

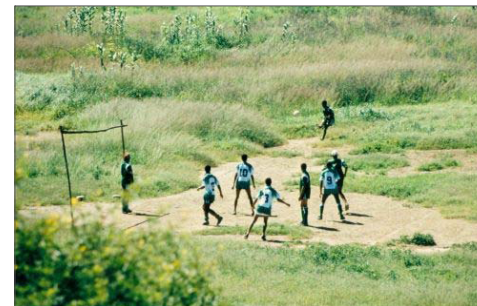
Mit der Entscheidung des Weltfußballverbandes (Fifa), die WM 2010 in Südafrika durchzuführen, rückt das Land mindestens bis zum Anpfiff am 11. Juni in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Auf Einladung der KOSA trafen sich daher im Dezember vergangenen Jahres Vertreter verschiedener Vereine und KOSA-Mitgliedsorganisationen, um über Formen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu diskutieren. In mehreren Treffen hat sich eine Kerngruppe herausgebildet, die ein gemeinsames Motto, ein Logo, eine Plattform und Aktivitäten entwickelt hat mit dem Ziel, durch Bildungs- und Informationsmaterialien, aber auch durch Veranstaltungsreihen und Begegnungen mit Menschen aus Südafrika Stimmen aus dem Südlichen Afrika – auch der Fifa gegenüber – hörbar zu machen.

Am 4. September stellte sich die Kampagne „KICK FOR ONE WORLD“ erstmals einer breiteren Öffentlichkeit vor. Anlass war ein Brief der Kampagne an



den Präsidenten des Weltfußballverbandes, Joseph S. Blatter. Darin fordern die gegenwärtig 10 beteiligten deutschen Organisationen sowie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer den Fifa-Boss auf, sich für eine WM einzusetzen, die insbesondere die Interessen benachteiligter Menschen in Südafrika berücksichtigt. Die Kampagne knüpft dabei mit ihren Forderungen an bereits bestehende Kampagnen in Südafrika an. So setzt sich die World Class Cities For All-Kampagne in Südafrika, die von Streetnet International, einer internationalen Organisation formeller und informeller Straßenhändlerinnen, geleitet wird, dafür ein, dass die lokale Bevölkerung von den Verdienstmöglichkeiten bei der WM profitieren



Fußball ist Volkssport Nr. 1 in Südafrika.

Foto: Stephan Kaußen

eine faire Gelegenheit eingeräumt werden, von der Weltmeisterschaft zu profitieren – wie dies auch gegenwärtig zwischen WCCA und NEDLAC in einer Vereinbarung (2010 National Economic Development and Labour Council Framework Agreement, WCCA Annexure A2 2007) verhandelt wird.

Public Viewing gefordert

Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Bevölkerung in Südafrika und möglichst auch in der Region die Möglichkeit hat, sich die Spiele anzuschauen. Dazu sollten – in Kooperation mit der südafrikanischen Regierung – flächendeckend und kostenlos Möglichkeiten der öffentlichen Übertragung (Public Viewing) angeboten werden.

Des Weiteren wird von der Kampagne gefordert, dass es im Vorfeld der WM nicht zu Vertreibungen der ärmeren Bevölkerung kommt. Soziale Stadtentwicklungsprozesse, deren Wirkung über das Finale am 11. Juli 2010 hinausreicht, sollen beim Bau der Stadien und der Vorbereitung der Weltmeisterschaft in den Mittelpunkt gerückt werden. So sollte der versprochene Ausbau der Infrastruktur durch den Stadionbau umgesetzt werden.

Die Koordination der Kampagne liegt bis auf weiteres bei der KOSA. Mehr Informationen zur Kampagne, zu den Bündnispartnern sowie zu den erwähnten Dokumenten gibt es unter www.kick-for-one-world.net (vorläufige Kampagnenwebseite). Kontakt: dieter.simon@kosa.org, Telefon: 0521-9864851.

kann. Dazu sollte vorrangig der südafrikanischen Bevölkerung und südafrikanischen Unternehmen außerhalb und innerhalb der Bannmeile ein Verkaufsrecht eingeräumt werden. Dem Straßenhandel und ähnlichen ökonomischen Aktivitäten muss

zu erfüllen. Vier Wochen WM reichen nach Meinung von Ellingson nicht, diese Kredite abzubezahlen. Ähnlich äußerte sich der Bürgermeister von Mangaung. Tshwane dagegen setzt in größerem Umfang auf Kleinpensionen.

Sicherheit

Das große Fragezeichen bleibt hinter der Sicherheit. Auf der 12. Konferenz *Highway-Africa*, die am 10. September 2008 im südafrikanischen Grahamstown begann, wurde von den mehr als 800 Delegierten aus dem Kontinent immer wieder die Frage gestellt, wie Südafrika in seiner Rolle als Gastgeber der WM mit der Gefahr des Fremdenhasesses umzugehen gedenkt, die wenige Monate zuvor in den Armenvierteln gerade der Großstädte zutage getreten war, in denen Spiele ausgetragen werden: Johannesburg, Durban und Kapstadt.

Phil Molefe, SABC-Chef für Auslandsbeziehungen, macht die lange Isolierung Südafrikas unter der Apartheid für die Übergriffe verantwortlich.

Mittlerweile steht der Sicherheitsplan, Einzelheiten wurden jedoch nicht bekannt gegeben. Insgesamt stehen für die Sicherheit 100 Millionen Euro zur Verfügung. Knapp 40.000 neue Polizeikräfte sollen für die WM eingesetzt werden.

Während in den Führungsetagen der Polizei noch Skepsis herrscht, gibt sich die politische Führung zuversichtlich. Am Ende des Blatter-Besuches beschwichigte Thabo Mbeki auf einer landesweit ausgestrahlten Pressekonferenz mit Blatter: „Egal, welche politischen Veränderungen sich ergeben, dieses Land wird seine der Fifa gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und eine erfolgreiche Fußball-WM veranstalten.“

Auch eine neue Regierung werde die Zusagen einhalten, betonte er. Blatter widersprach früheren Äußerungen, wonach es Alternativpläne gebe: „Der Plan B ist Südafrika, und auch der Plan C ist Südafrika.“ Blatter beherrscht den politischen Jargon.

Hein Möllers

Staatspräsident Mbeki zurückgetreten

In einer Fernsehansprache um 21. September 2008 gab Südafrikas Staatspräsident Thabo Mbeki seinen Rücktritt bekannt. In einer Botschaft an die Nation sagte er: „Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die Nation darüber zu informieren, dass ich heute einen Brief an Parlamentspräsidentin Baleka Mbete überreicht habe, um meinen Rücktritt zu erklären.“ Mbekis Amtszeit wäre im April 2009 ausgelaufen.

Mit seiner Rücktrittserklärung kam Mbeki einem drohenden Misstrauensantrag seiner Partei, dem regierenden ANC, zuvor. Auslöser war der Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft im Fall Zuma. Das Oberlandesgericht von Pietermaritzburg hat am 12. September 2008 das Korruptionsverfahren gegen den ANC-Präsidenten Jacob Zuma wegen Verfahrensfehler eingestellt und die Klage als „null und nichtig“ zurückgewiesen, auch weil es Hinweise auf eine politische Verschwörung aus dem Präsidialamt gebe. Ein Freispruch in der Sache sei das jedoch nicht, sagte der Richter. Mbeki bestritt, Druck auf die Staatsanwaltschaft ausgeübt zu haben. Mbeki hatte 1999 als zweiter Präsident des neuen Südafrika das politische Erbe Nelson Mandelas angetreten. Das politische Aus kam für den als farblos und technokratisch geltenden Mbeki am 20. September, als die ANC-Führung seinen vorzeitigen Rücktritt vom Staatsamt verlangte.

Die Ereignisse auf den Weg dahin lesen sich wie die Chronik eines angekündigten Putsches. Stück für Stück hat das Zuma-Lager den Präsidenten, der Zuma wegen der Korruptionsvorwürfe 2005 als Vizepräsidenten gefeuert hatte, demontiert. Schon im Dezember vergangenen Jahres war Zuma ein entscheidender Etappensieg gelungen, als er mit großer Mehrheit den Chefposten im ANC gegen Amtsinhaber Mbeki eroberte. Damit war klar, dass dem Staatspräsidenten die Macht aus den Händen gerissen war.

Elf wichtige Minister der Regierung Mbekis haben aus Protest gegen das

Vorgehen der Partei ihren Rücktritt erklärt. Dem ANC droht ernsthaft eine Spaltung.

Die Oppositionsparteien Südafrikas verurteilten die Rücktrittsforderung der ANC-Führung. Die Vereinigte Demokratiebewegung sprach in einer Stellungnahme von einem „Akt politischer Barbarei“. Das Land drohe in die Anarchie zu stürzen.

Nach der Verfassung muss nach einem vorzeitigen Ausscheiden des Staatspräsidenten das bis zu den allgemeinen Wahlen amtierende Staatsoberhaupt vom und aus dem Parlament gewählt werden. Da Zuma kein Mandat hat, kam er für diesen Posten nicht infrage. Er kann erst bei den nächsten Wahlen kandidieren, die zwischen März und Juni 2009 durchgeführt werden müssen.

Übergangspräsident Motlanthe

Der ANC hat Kgalema Motlanthe zum Kandidaten für den Übergang nominiert. Das Parlament, in dem der ANC über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, hat Motlanthe am 26. September erwartungsgemäß zum Staatspräsidenten gewählt. Der 59-Jährige „werde kein Interims-Präsident“ sein, sondern richtiger Staatschef mit allen dazugehörigen Befugnissen, sagte ein Fraktionssprecher.

Der ANC signalisiert mit der Wahl Motlanthes seinen Willen, eine interne Krise zu vermeiden. Der als moderat geltende Motlanthe gehört zu den beliebtesten Mitgliedern der im Dezember vergangenen Jahres neu gewählten ANC-Führungsriege. In den vergangenen Monaten hatte Motlanthe verstärkt versucht, auch die weiße Minderheit im Land sowie ausländische Investoren zu beruhigen, die sich wegen der Wahl des als populistisch kritisierten Zuma zum Parteichef Sorgen gemacht hatten. Motlanthe gilt als Konkurrent Zumas. Er selbst hatte bisher Spekulationen über seinen möglichen Aufstieg an die Staatsspitze stets zurückgewiesen. „Präsident sein, nein vielen Dank“, sagte er gegenüber Journalisten. hm

Seminar des Zimbabwe Netzwerk: "Zukunftsperspektiven Zimbabwes"

Angesichts der ca. 150 Toten und der Tausenden von Verletzten, Gefolterten, Verhafteten, die in Simbabwe seit den „gestohlenen“ Wahlen vom März und der Wahlfarce im Juni Opfer der Gewalt des zerfallenden Regierungsapparates wurden, schießen die Ereignisse der letzten Wochen fast so überraschend zu kommen wie der Übergang von Rhodesien zu Simbabwe Ende der 1970er Jahre. Diesmal einigten sich das Mugabe-Regime und die zuvor schärfstens bekämpfte oppositionelle MDC auf eine kaum noch erwartete Machtteilung. Nun hatte das Zimbabwe Netzwerk quasi historisch passend am entscheidenden Wochenende vor der Unterzeichnung des Abkommens zu einem Seminar geladen: „Zukunftsperspektiven Zimbabwes“. Die eingeladenen Gäste waren auf Rundreise in Europa.

International am bekanntesten ist Professor Brian Raftopoulos. Früher an der Universität in Harare und als politischer Analyst und Journalist u.a. beim *Zimbabwe Institute* tätig, hat der langjährige Menschenrechtsaktivist zuletzt auch die beiden MDC-Fraktionen beraten. Heute arbeitet er beim *Solidarity Peace Trust* (SPT) in Südafrika und ist zuständig für Recherche, Lobby- und Advocacyarbeit.

Shari Eppel, ebenfalls Simbawerin und von Beruf Psychologin, ist bereits

seit den 1980er Jahren mit Studien über die Opfer im Matabeleland bekannt geworden. Sie arbeitete zunächst im *Amani Trust* und ist heute innerhalb des SPT als Beraterin für Menschenrechte tätig. Mehrmals wurde sie international für ihre Arbeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe geehrt.

Als dritten Referent konnten wir Selvan Chetty, Südafrikaner, seit Antiapartheidzeiten Menschenrechtsaktivist und aktuell stellvertretender Direktor des SPT, begrüßen.

Brian Raftopoulos betonte anfangs seiner Ausführungen zur aktuellen Situation die wichtige Phase zwischen den Wahlen 2008, in der die ehemalige Befreiungsbewegung mit einer seit dem Matabeleland-Konflikt unbekanntenen Welle von Gewalt agiert habe. Und dennoch hätten die Wahlen bei allen Beanstandungen auch gezeigt, dass die Zanu-PF weiterhin eine Basis in der Bevölkerung hat. Schätzungsweise 35 Prozent der Simbawer wählten sie. Nach der zweiten Wahl zur Präsidentschaft gab es das *Memorandum of Understanding*, dessen Hauptproblem die Rolle Mugabes war. Wichtig sei dabei die Klärung der Nachfolge von Mugabe. Selbst die SADC mache Druck für eine Einigung. Mugabe sei am Ende – ebenso wollten Militär und Polizei eine Klärung. Andererseits sieht Raftopoulos die MDC aufgrund ihrer Spaltung in zwei Fraktionen als stark geschwächt an.

Hoffnungen lägen in der Regelung einer Verfassungsreform binnen 18 Monaten.

Die Zanu kontrolliere momentan den wichtigsten Teil des Sicherheitsapparats, das Militär. Andererseits versuche die MDC, die Kontrolle über die Polizei zu gewinnen. Alles sei darauf ausgelegt, dass die MDC um mehr Einfluss kämpfen könne und müsse. Das Land

brauche einen baldigen Ausweg aus der schweren Krise, einen Wiederaufbau der desolaten Wirtschaft. Die Zanu habe hier keine Antworten. Das Agreement biete Mugabe die letzte Chance, an der Macht beteiligt zu werden, ansonsten sei er nicht mehr haltbar. Shari Eppel verglich die Bedeutung der Gewalt in den 80er Jahren in Matabeleland mit mindestens 10.000 Toten mit der Gewaltphase, die zunächst im Jahr 2000 mit den Landbesetzungen begann und nun nach relativer Ruhe vor den Märzahlen mit besonderer Brutalität eskalierte: bis zu 200 Tote seitdem. Die Verantwortlichen sollten vor einem Gerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden.

Eppel sieht die (Wieder-)Herstellung von Gerechtigkeit als einen langen Prozess, in dem die neu entstandene Kultur der Gewalt geändert werden müsse. Besonderen Druck mache die desolote Versorgungslage, schätzungsweise fünf Millionen Simbawer sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, im Gesundheitsbereich fehlten bestimmte Medikamente, die Lage sei auch hier verzweifelt.

Selvan Chetty sprach abschließend über die Übergriffe in diesem Frühjahr in südafrikanischen Townships auf Simbawer und andere Flüchtlinge. Es gibt viele Gründe für Simbawer, nach Südafrika zu fliehen – schätzungsweise 4000 pro Tag waren es zuletzt. Das ist für Südafrika kaum zu bewältigen. Die Dokumentation des Flüchtlingsdramas und seine Lösungsansätze sind die Kernfelder, in denen das SPT tätig ist. Eine Rückkehr nach Simbabwe sei dringend erforderlich; aber schwierig zu erreichen. Anerkennung auf politisches Asyl sei für Simbawer kaum möglich, ihre Präsenz in Südafrika bleibe so ein Unruhefaktor. Das Thema Migration wird uns also längere Zeit erhalten bleiben.

Ein einheitliches Resümee ließ sich schwer ziehen. Vielleicht kann man die Stimmung der Gäste und Teilnehmer als „optimistischen Pragmatismus“ umschreiben. Für die Beteiligten in Simbabwe gibt es keine Alternative – sie sind allesamt zum Erfolg verdammt.

Christoph Beninde



v.l.: S. Chetty, Sh. Eppel, B. Raftopoulos Foto: R. Mähnhöfer



Fußball-WM 2010: Noch nicht in trocknen Tüchern

Das muss man ihm lassen – er hat politisches Gespür: Joseph Blatter, Chef des Weltfußballverbandes Fifa, in der zweiten Saptemberwoche dieses Jahres reiste er überraschend nach Südafrika, eine Woche vor dem Rücktritt von Staatspräsident Thabo Mbeki. „Der Besuch ist angeblich von Geheimdiensten“, schrieb die Zeitung City Press.

Der Stadionbau ist keine geringe Borge, wie Blatter bei der Ankunft erklärte. Es ist die Politik, die ihm zu schaffen macht, zumal im Politikabular Begriffe wie „Eliminieren“, „Töben“, „Erschießen“ salonfähig werden. Ein instabiles Afrika wäre für Blatter ein wesentlich größeres Sicherheitsrisiko. Er erwähnte damit die nie bestätigten Gerüchte, die Fifa habe einen Plan B in der Schublade: Sollte die WM kurzfristig nach Mexiko oder die USA verlegt werden. Das wäre ein Desaster für Blatter, der sich – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – für die Einbeziehung Afrikas in den WM-Tumult stark gemacht hatte. Es wäre ein Desaster vor allem für Südafrika, ein Desaster darüber hinaus für den Kontinent. Denn bei ist das erste Mal, dass eine Fußballweltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent stattfindet. Und entsprechend feiert ganz Afrika dieses Großereignis. Die WM 2010 ist ein wichtiger Impulsgeber. Südafrika will dieses Ereignis nutzen, um sich der Weltöffentlichkeit als modernes und funktionierendes Land zu präsentieren. Die Frage ist, kann Südafrika die Aufgaben schultern? Schon früh kamen

ernste Bedenken auf und auch jetzt, zwei Jahre vor dem Anpfiff, sind die kritischen Töne nicht verstummt. Die Bedenken betreffen die nichtzeitige Fertigstellung der Stadien, den Aufbau einer belastbaren Infrastruktur (Unterkünfte, Transport und Verkehr). Erst recht problematisch nach den fremdenfeindlichen Übergriffen im Mai 2008 wurde die Frage der Sicherheit.

Stadien und Infrastruktur

Die Stadien werden rechtzeitig spielbar sein; lediglich Port Elizabeth wurde aus der Planung für den Fed Cup im Juni nächsten Jahres, den Probekauf für die WM, aus der Planung genommen.

Zehn Austragungsorten sind vorgesehen. Zwei davon liegen in Johannesburg, das auch das logistische Zentrum und Präsenzort sein wird. Die anderen Orte sind: Kapstadt, Durban, Port Elizabeth, Polokwane, Nelspruit, Rustenburg, Mangaung/Bloemfontein und Tshwane/Pretoria. Bei der Auswahl hat sich die Fifa ein Mitspracherecht ausbedungen. Und es sind manche Stadien nicht nach Zweckmäßigkeit und Kosten gewählt worden. Beispiele sind Kapstadt und Durban, wo nicht bereits bestehende Großanlagen modernisiert wurden, sondern auf Druck der Fifa neue Anlagen gebaut wurden, die einen telegenen Anblick gewährleisten und Aesthetik auf Townships wie Kayelitsho vermeiden.

Beauftragter überlastet

Die WM hat dem Bausektor in Südafrika eine Hochkonjunktur beschert. Seit 2004 verzeichnet er Zuwachsraten von 11-13 Prozent. Doch er ist überlastet. Die Fertigstellung von Großprojekten verzögert sich häufig durch den Mangel an Fachkräften. Um wichtige Vorhaben bis zur WM 2010 abschließen zu können, werden oft ausländische Unternehmen hinzugezogen. Engpässe gibt es bei Fachkräften, neue ausländische Fachleute müssen ins Land geholt werden. Baumaterialien wurden knapp. Die Auslastung des Baugewerbes und die Verknappung

der Baustoffe haben den Wohnungsbau drastisch verlangsamt und verteuert. Regte Bautätigkeit auch im Transportsektor. Er wird als Schlüssel zum Erfolg der WM gesehen. Südafrika sieht sich hier drei Herausforderungen konfrontiert: Beförderung der Zuschauer und Schaffung eines zukunftsfähigen öffentlichen Transportnetzes auf Weltniveau. Der Verkehrsausbau wird die Planungsvorgaben nicht erfüllen, vieles bleibt eine Insellösung isoliert nebeneinander stehender Projekte.

Big Manas und B&B

Aus Umfragen geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Straßenverkäuferinnen nicht weiß, wie sie an den Chancen der WM teilhaben können. Nur knapp ein Viertel der kleineren Unternehmen haben Plätze darüber, wie sie von der WM profitieren könnten. Die Fifa-Richtlinien schreiben vor, dass auf den Zufahrten zu den Stadien und im Stadion selbst fliegende Händlerinnen nicht zugelassen werden, sondern nur lizenzierte Verkäufer. Manche Städte wie Mangaung planen, eigene Plätze für die Kleinverkäuferinnen zur Verfügung zu stellen, wo sie Kulturisches aus Afrika anbieten können.

Nach einem Beschluss des Nationalen Organisationskomitees sollen 30 Prozent der benötigten Produkte und Dienstleistungen von kleinen und Unternehmen aus dem Black Empowerment-Projekt beschafft werden. Auch bei den Unterküchen ist eine Beteiligung von Kleinherbergen vorgesehen. Erstmals in der Geschichte der WM sollte auch *Black Business* unter Berücksichtigung von der Fifa genutzt werden. Diese Pensionen müssen jedoch bestimmte Anforderungen erfüllen, um auf der Fifa-Webseite geführt und vermarktet zu werden.

Einige Stadtverwaltungen sehen diesem Projekt skeptisch gegenüber. Die Leiterin des Ortskomitees von Durban, Julie-May Ellingson, warnt davor, „den Leuten falsche Hoffnungen zu machen“. Die Hausbesitzer müssten hohe Kredite aufnehmen, um die Kriterien

+ + + BERICHTE VON KOSA-MITGLIEDERN

medico International engagiert sich im Südlichen Afrika

Bei den Anfängen der Koordination Südliches Afrika ist medico aus Frankfurt eine der Organisationen, die in verschiedenen Bereichen mit KOSA zusammenarbeiten und unsere Arbeit unterstützen. Daneben hat medico traditionell ein unterschiedlich stabiles Bein in der Projektarbeit im Südlichen Afrika. Hier haben sich in diesem Jahr sowohl personell als auch projektmäßig einige Veränderungen ergeben.

Ulrich Merk – schon in den 80er Jahren Projektleiterin von medico – ist im August 2008 von einem zweijährigen Auslandsaufenthalt in Südafrika im Bereich Ziviler Friedensdienst nach Frankfurt in die Zentrale zurückgekehrt und hat ihre Vertreterin Hildegard Bohne bei der Projektarbeit zu Südafrika, Simbabwe und in Sierra Leone, den englischsprachigen Projektgebieten in Afrika, ab.

In Südafrika hat medico schwerpunktmäßig Projekte im Bereich der psychosozialen Arbeit bzw. im Konfliktmanagement oder bei der Gemeindeentwicklung. Alle Projekte werden aus Eigenmitteln gefördert. Am bekanntesten für die KOSA dürfte die *Kuzumani Support Group* sein, die insgesamt ca. 30 000 Apartheidopfer betreut und koordiniert. Diese sind als Kläger bei der Apartheidopfer-Klage sehr engagiert.

Daneben unterstützt medico die *People's Health Movement*. Dieses internationale Netzwerk tritt in Südafrika vor allem für den Zugang zu Medikamenten ein und engagiert sich für die Stärkung der Patientenrechte des Südens. Damit bleibt medico seiner Projektpolitik treu, die generell im Gesundheitsbereich arbeitet, sich für den freien Zugang zur Gesundheitsversorgung und für Menschenrechte einsetzt. Dafür steht in Südafrika auch der Partner *Sinari - Kwazulu Natal Programme for Survivors of Violence*, der in der Provinz KwaZulu-Natal gewaltbetroffene Gemeinden unterstützt. Diese auch nach dem Ende der Apartheid stark umkämpfte Region hat immer

noch mit Gewaltverbrechen und der Verarbeitung von traumatisierten Erfahrungen zu kämpfen, zudem ist hier eine der höchsten HIV-Infektionsraten und eine besonders hohe Kriminalitätsrate zu konstatieren. Die Konflikteinfahrungen haben oft wenig Chancen für eine eigene Entwicklung gelassen und die Sozialstrukturen zerstört. Hier wird mit einem integrierten Friedens- und Entwicklungsprojekt Konfliktbearbeitung gestärkt und psychosoziale und einkommensschaffende Maßnahmen gefördert. Laut but lässt versucht medico im kleineren Rahmen auch die Zivilgesellschaft zu stärken und unterstützt das *Erste Forum* in Südafrika, in dem einbawische Flüchtlinge organisiert sind. Die Erklärungen des *Ersten Forums* sind z.B. über das Zimbabwe *Muzum Rhythms Forum* bekannt.

Neuerrönde wird auch die Projektunterstützung in Simbabwe aufgebaut. Dort wird die *Community Working Group on Health*, ebenfalls Mitglied im *People's Health Movement*, gefördert, ein Netzwerk simbabwischer Gesundheitsorganisationen, das sich für einen besseren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung auch im Aidsbereich engagiert. www.medico.de

Arbeitskreis Südliches Afrika/ Ombili-Gruppe Mülheim

Die Ombili (= "Frieden")-Gruppe ist eine gemeinnützige Initiative, die aus dem Arbeitskreis Südliches Afrika hervorging und seit dem 1970er in der Anti-Apartheid-Bewegung aktiv war. Seit 1991 unterhält die Gruppe eine Partnerschaft mit der Dorfgemeinde Omundungilo im äußersten Norden Namibias. 1991 übergab die Ombili-Gruppe ein geländegängiges Auto. 1993 wurde ein Wohnkemp durchgeföhrt, in dem 30 junge Menschen (50 Prozent aus Deutschland) ein zweistöckiges Schulgebäude wieder aufbauten. Darin sind heute ein Kindergarten, ein Gemeindefest und eine Bäckerei untergebracht. 1996 wurde diese auf Solarnergie umgestellt.

2002 gab es ein weiteres Workcamp für den Bau eines Gashausens mit Teilnahme aus Deutschland. Im Laufe der Partnerschaft veränderten sich Aufgaben und Ziele. Ein Job-Programm zur Förderung von Ausbildung und Beruf für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Norden Namibias soll bei der Verringerung der Arbeitslo-



Partnergemeinde Omundungilo. Foto: W. Seehg

losigkeit helfen. Ein Fond soll Ausbildungskurse und Existenzgründungen unterstützen. Doch hier liegt heute das Problem. Kamen in den vergangenen Jahren auch Besucher aus Namibia nach Mülheim, die hier sowohl im Landwirtschafts- als auch Ökologie- und Energiebereich Beratung bekamen, so ging zuletzt der direkte Kontakt spürbar zurück. Angebote weiterer Unterstützung wurden z.T. nicht aufgegriffen und die Gruppe bekam den Eindruck, dass es keinen Projektbedarf mehr gab. Nun hat Ombili beschlossen, noch eine letzte(?) Antwort mit möglichen Projektansichten abzuwarten und dann entweder als Gruppe oder mit mehreren Einzelpersonen das Projekt Grundrente in Namibia zu fördern. So könnte Ombili die Basic Income Grant-Politik direkt unterstützen oder die Namibia-Unterstützung als Gruppe beenden. Damit geht aber Ombili der KOSA nicht verloren, sondern der Rest der Gruppe würde individuell bei KOSA Mitglied werden. *Arbeitskreis Südliches Afrika/ Ombili Gruppe Mülheim*
Seamer Str. 423, 45478 Mülheim/Ruhr
Tel.: 0208-660847, Wolfgang Seehg
Mail: wseehg@grm.net